

## Grüne kneifen erneut vor Normenkontrollklage

Vor kurzem bestätigte ein hochkarätiges Gutachten, das im Auftrag des DGB erarbeitet wurde, mehrere der verfassungsrechtlichen Bedenken an der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze. Dies nahm DIE LINKE im Bundestag zum Anlass, um sich noch einmal an die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen zu wenden mit der Bitte, doch gemeinsam eine Normenkontrollklage einzureichen.

Kurz zur Erklärung: Für eine Normenkontrollklage bedarf es mindestens 25% der Abgeordneten des Bundestags. Dafür kann diese Klage direkt beim Bundesver-

fassungsgericht eingereicht werden. Das heißt, im Gegensatz zu einem klagenden Betroffenen, der sich - vermutlich über Jahre - durch alle Instanzen klagen müsste, könnte man hier schnell zum Ziel und damit zur Verbesserung der Situation hunderttausender Betroffener kommen.

Leider haben Renate Künast und Jürgen Trittin erneut schriftlich abgesagt mit der Begründung, eine Klage durch die Betroffenen wäre geeigneter. Wer sich selber noch nie als Betroffener ohne viel Geld in der Hinterhand durch sämtliche Instanzen klagen musste, wird dies womöglich anders einschätzen.

## Bildungs- und Teilhabepaket bleibt ein bürokratisches Monster

Die Bundesregierung hat aus dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, Bildung und Teilhabe als Teil des menschenwürdigen Existenzminimums zu garantieren, ein bürokratisches Monster gemacht. Dass nur etwa 45 Prozent der Berechtigten das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch nehmen, zeigt, dass dieser Ansatz für das Gros ins Leere läuft.

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat einen grundlegend falschen Ansatz gewählt. Mit der ideologischen Begründung, nur so könne gewährleistet werden, dass die Leistungen bei den Kindern ankommen, wurden statt einer sachgerechten Erhöhung der Regelleistungen und Investitionen in soziale Infrastruktur bürokratische und stigmatisierende Sachleistungen eingeführt. Dies wurde durch zum Teil äußerst restriktive

Voraussetzungen – etwa bei der Lernförderung – noch zusätzlich verschärft.

Wenn nun fast zwei Jahre nach dem Urteil mehr als die Hälfte der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen leer ausgeht, ist das kein Erfolg, wie Ursula von der Leyen behauptet, sondern ein Skandal. Schließlich wurde für alle Kinder und Jugendliche der sogenannte Regelbedarf unter Verweis auf das sog. Bildungs- und Teilhabepaket reduziert.

DIE LINKE bleibt dabei: Leistungen für Bildung und Teilhabe gehören in den Regelbedarf der Kinder und Jugendlichen und sind somit als Teil der Geldleistung auszu zahlen. Um bei Bedarf Jugendliche wirksam zu fördern, brauchen wir darüber hinaus einen deutlichen Ausbau von Kitas, Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen.

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros  
finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter 11

November 2011, Nr.

11

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



## Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

der Erfurter Bundesparteitag liegt hinter uns. Das neue Parteiprogramm wurde am 23. Oktober 2011 mit 503 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen beschlossen. Vermutlich lag es an der hohen Zustimmung von 96,9 Prozent, weshalb sich sogar der Bundestag mit unserem Parteiprogramm beschäftigte. Am 27.10. fand auf Verlangen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP eine Aktuelle Stunde statt, die sich mit den wirtschaftspolitischen Positionen im Grundsatzprogramm der Linkspartei beschäftigte. Den Angriffen der Regierungskoalition stellte sich Stefan Liebich mit einer eindrucksvollen Rede. Wer diese nachlesen möchte, wird hier fündig:

<http://linksfraktion.de/reden/freiheit-wuerde-solidaritaet-unser-programm/>

Noch besser ist allerdings, sich das Ganze als Video anzuschauen - Gute Unterhaltung: <http://www.youtube.com/watch?v=FqTgLaHgreU>

Was vor wenigen Monaten noch unmöglich schien, passiert gerade: Die Forderung nach einem Mindestlohn hat auch die CDU erreicht, auch wenn dort von „Lohnuntergrenze“ gesprochen wird. Die Tatsache, dass in der CDU solche Diskussionen stattfinden, ist in erster Linie dem jahrelangen beharrlichen Druck aus Gewerkschaften, Bewegungen und der Bevölkerungsmehrheit geschuldet. DIE LINKE ist die politische Partei, die von Anfang an und am konsequentesten die Forderung nach einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn unterstützt hat.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre Diana Golze

## Spruch des Monats

Eines Tages wird alles gut sein, das ist unsere Hoffnung.  
Heute ist alles in Ordnung, das ist unsere Illusion. Voltaire

## TERMINE

**7. - 11. November**  
Sitzungswoche des Bundestages, Berlin

**13. November**  
Volkstrauertag - Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Toten beider Weltkriege

**16. November**  
Vortrag über die Arbeit im Bundestag, Grundschule Rhinow

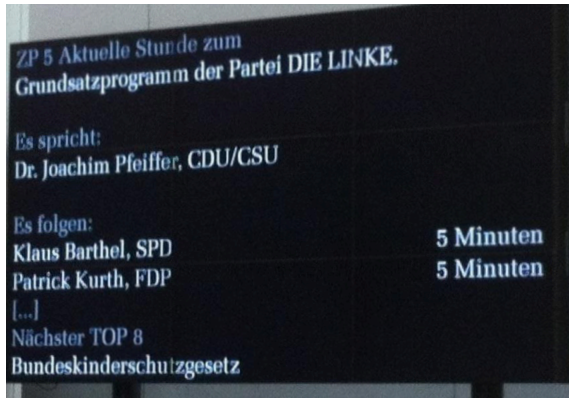
**17. November**  
Vorlesetag in Brandenburg an der Havel

**18. November**  
Vorlesetag in Rathenow

**26. November**  
Kreisparteitag der LINKEN in Potsdam-Mittelmark, Neues Rathaus, Stubenrauchsaal, Teltow

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Stichpunkte aus dem Grundsatzprogramm



## Wirtschaft und Arbeit

Strukturbestimmende Großbetriebe sollen in "demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen" überführt werden. Zudem gehören die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur und die Energiewirtschaft in die öffentliche Hand. Hier wird eine demokratische Kontrolle vorgeschlagen. DIE LINKE tritt außerdem für einen Mindestlohn ein, der mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens betragen soll.

## Außenpolitik

Nach kontroverser interner Debatte bekennt sich die Linke in ihrem Programm zum Existenzrecht Israels. Deutschland habe wegen der Judenverfolgung im Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung und müsse jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten.

## Krieg und Frieden

DIE LINKE fordert in ihrem Programm die Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherungssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden. Deutschland müsse auf jeden Fall aus den militärischen Strukturen der NATO austreten. Kampfeinsätze der Bundeswehr soll es nicht mehr geben, stattdessen soll ein "Willy-Brandt-Corps" für zivile Maßnahmen geschaffen werden.

## Regierungsbeteiligungen

DIE LINKE knüpft eine künftige Beteiligung an Regierungen an enge Bedingungen: "An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des

Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen."

## Drogen

In dem Programm wird langfristig eine Legalisierung aller Drogen gefordert. Dies sei im Zuge einer "rationalen und huma-

nen Drogenpolitik" erforderlich. In einem am Abend gefassten Zusatzbeschluss stellte die Partei allerdings klar, dass damit nur die kontrollierte Abgabe harter Drogen an Süchtige gemeint ist. Der Handel mit harten Drogen soll weiterhin verboten bleiben.

## Klotzen, nicht kleckern beim Mindestlohn



Nachdem nun auch in der Union der Widerstand gegen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erlahmt, müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Kanzlerin sollte noch in diesem Jahr die im Bundestag vertretenen Parteien und die Sozialpartner einladen, um einen parteiübergreifenden Mindestlohnkonsens zu erarbeiten. Angesichts des sich immer schneller ausbreitenden Niedriglohnssektors ist klar, dass wir beim Mindestlohn jetzt klotzen müssen und nicht kleckern dürfen.

Aus diesem Grund beantragt DIE LINKE eine Aktuelle Stunde zum Mindestlohn.

Die wirksamste Maßnahme gegen den sich ausbreitenden Niedriglohnssektor ist ein gesetzlich garantierter, flächendecken-

der Mindestlohn. Dazu bedarf es keiner Parteitagebeschlüsse, sondern unverzüglichen politischen Handelns der Bundesregierung. Das will DIE LINKE in der nächsten Woche im Bundestag in einer Aktuellen Stunde thematisieren.

Wer wie die Union nun ausgerechnet die Leiharbeitstarife zum Vorbild für eine allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze nehmen will, würde den Niedriglohnssektor eher zementieren, als dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten von ihrer Arbeit würdevoll leben können. Wir dürfen

nicht länger zulassen, dass jede dritte Frau und fast jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren in Vollzeitbeschäftigung unterhalb der Niedriglohnschwelle entlohnt werden. Deshalb führt an einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro je Arbeitsstunde kein Weg vorbei.

Ein Mindestlohn gibt zugleich einen starken Impuls für die Binnenkaufkraft gegeben und so die Krisenresistenz der Wirtschaft gestärkt. Zudem könnte endlich die staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen durch das Aufstocken auf Hartz IV-Niveau beendet werden, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden kostet. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist das Gebot der Stunde.